Schweizer Aussenpolitik am Persischen Golf

# Empörung ist keine Strategie

SIMON GEMPERLI

Diplomatie ist die Kunst, einem anderen so lange auf den Zehen zu stehen, bis er sich entschuldigt. Mit dieser Einsicht kam Talleyrand am Wiener Kongress weit. Das Rezept ist allerdings nur unter bestimmten Bedingungen anwendbar. Unter welchen, ist für die Aussenpolitik der Schweiz eine besonders interessante Frage. Das Land beherrscht die gezielten Nadelstiche besser als das Schwergewichtsboxen.

Diese Woche ist eine reichlich diffuse Kontroverse über die Schweizer Politik gegenüber den Ländern am Persischen Golf entbrannt: die Waffenexporte nach Saudiarabien, das Wetteifern um den Marktzutritt in Iran, das angeblich heuchlerische Engagement für die Menschenrechte in diesen Ländern, die Äquidistanz zu Riad und Teheran im Fall einer weiteren Eskalation, die Rolle als Schutzmacht der USA in Iran und als langjährige inoffizielle Vermittlerin im iranischen Nuklearstreit. Der Anlass für die Kontroverse war einer differenzierten Diskussion auch nicht eben förderlich: die Hinrichtung von 47 Menschen, inklusive eines schiitischen Klerikers.

Von vorne: Vor allem rot-grüne Politiker fordern die sofortige Einstellung sämtlicher Kriegsmateriallieferungen nach Saudiarabien. Seit der Intervention in Jemen im letzten Frühjahr gilt ein Moratorium für neue Waffenexporte. Im Unterschied zu Ländern wie Deutschland setzte die Schweiz damit ein Zeichen gegen die ungezielten Bombardements in Jemen. Weiterhin geliefert wurden in den letzten Monaten noch Ersatzteile und die letzten Trainingsflugzeuge einer 2012 bestellten Serie. Die vertraglich vereinbarten und auch heute noch gesetzeskonformen Lieferungen zu unterbinden, wäre unverhältnismässig. Entscheide über Waffenexportverbote haben sich am Völkerrecht, an der Verfassung und am Gesetz zu orientieren, nicht an einer kurzzeitigen Empörung.

Wie steht es mit der Menschenrechtspolitik? Viel besser als behauptet. Man kann Menschenrechtsdialoge einfach als Feigenblatt-Aktionen lächerlich machen. Schwieriger ist es, etwas zu bewirken. Staatssekretär Yves Rossier sprach im November in Riad mit seinem saudischen Amtskollegen über den mit 1000 Peitschenhieben bestraften Blogger und beteiligte sich so indirekt an einer internationalen Kampagne. Didier Burkhalter lancierte zusammen mit anderen Aussenministern eine Aktion gegen die Todesstrafe, und er verhandelt über eine institutionalisierte Kriegsvölkerrechts-Konferenz in Genf – ähnlich wie der von alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey vorangetriebene Uno-Menschenrechtsrat. Das ist nicht nichts.

Gelegenheit, um über die Komplexität der Aussenbeziehungen nachzudenken, bietet auch die bevorstehende Reise Johann Schneider-Ammanns nach Iran. Noch vor wenigen Jahren empörte man sich im Zusammenhang mit einem Gas-Deal der Axpo über die offensive Politik des Bundesrats. Heute stört sich niemand mehr daran, obschon sich die Menschenrechtslage in Iran nicht verbessert hat. Dafür spielt sich der Atomkonflikt in geordneten Bahnen ab – wozu die Schweiz einiges beigetragen hat. Was eine Eskalation am Golf für die Schweiz als Schutzmacht der USA in Iran bedeutet, ist nicht abzuschätzen.

Eine Verärgerung Saudiarabiens durch eine Ausdehnung des Moratoriums auf Ersatzteile wäre kaum im Sinne Talleyrands.

Kooperationsangebote an private Medien

# Die SRG zeigt sich als sanfter Riese

RAINER STADLER

SRG-Generaldirektor Roger de Weck streckt den privaten Medienunternehmern die Hand entgegen. Dieser Tage hat er ihnen einen Brief geschickt, in welchem er zahlreiche Vorschläge macht, wie der öffentliche Rundfunk mit den privaten Medien zusammenarbeiten könnte. Die Kooperation solle zum Wohle aller sein und auch den Schweizer Medienplatz stärken, argumentiert de Weck. Seine Avance kommt nicht überraschend. Die SRG mit ihrer staatlich privilegierten Stellung steht unter politischem Druck. Ihre überaus starke Position in der Schweiz empfinden manche Medienhäuser als erdrückend. Da liegt es nahe, wenn der Grosse konziliant auftritt.

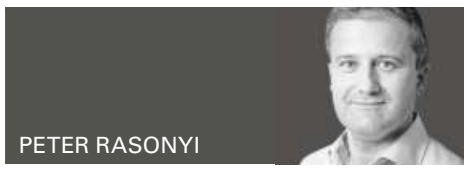
Der liberal Denkende runzelt allerdings die Stirn. Die SRG plant bereits eine Werbeallianz mit Ringier und Swisscom; nun will sie mit ihren Kooperationsangeboten noch stärker im Maschinenraum des Schweizer Mediensystems mitmischen. Wenn sie – wie vorgeschlagen – Videos mit Privaten teilt, Übertragungsrechte an Sportveranstaltungen gemeinsam auswertet, die technische Infrastruktur für Online-Publizistik zur Verfügung stellt, wenn sie ihre Kanäle für die Produktionen der Privaten öffnet und einen gesamtschweizerischen Youtube-Kanal für alle betreibt, dann dringt der nationale Rundfunk zusehends in alle Bereiche der Privatwirtschaft ein. In der Folge liefe bald nichts mehr, wenn die SRG stillstünde oder wenn sie – aus welchen Gründen auch immer – auf den roten Knopf drücken würde. Das umfassende Kooperationsangebot, mit dem die SRG sich als sanften Riesen präsentieren will, könnte also in eine totale Herrschaft münden. Selbst wenn der nationale Rundfunk «nur» Kooperationspartner wäre, hätte er aufgrund seiner Grösse doch die dominierende Rolle inne. Das ist gefährlich.

Neuland betritt die SRG mit ihren Angeboten allerdings nicht. Sie kooperiert bereits mit privaten Medienhäusern. Die längste, mehr als 20-jährige Partnerschaft besteht mit Presse-TV; sie resultierte aus den Diskussionen der achtziger und neunziger Jahre über die Möglichkeit, der privaten Initiative im Fernsehen mehr Raum zu geben, und der damaligen Einsicht, dass Privatfernsehen hierzulande schwer finanzierbar ist. An Presse-TV sind die NZZ, die «Basler Zeitung», Axel Springer Schweiz und die Produktionsfirma DCTP beteiligt.

Kooperationen sind im Übrigen keine Erfindung der SRG. Angesichts des zunehmenden Kostendrucks entwickeln private Unternehmen untereinander ebenfalls partnerschaftliche Lösungen. Bei Ringier ist dies gar zu einem zentralen Geschäftsmodell geworden. Die NZZ und die «Basler Zeitung» lassen ihre Zeitung beim Konkurrenten Tamedia drucken. Man muss wohl in Zukunft zunehmend damit rechnen, dass die Medienunternehmen weitere Bereiche auslagern und ihre Aufmerksamkeit darauf fokussieren, wenigstens eigenständige Redaktionen aufrechtzuerhalten. In diesem Sinn sind Kooperationen im Mediensektor ein Zeichen der Zeit. Hier kann auch die SRG ihren Beitrag leisten. Nur muss dabei sichergestellt werden, dass unter ihrem freundlichen, aber kräftigen Händedruck die Knochen der Partner nicht zermalmt werden.

Deutsches Schwarzpeterspiel nach den Kölner Sexattacken

# Poltern statt Probleme lösen


PETER RASONYI

Lange geschah nichts. Dann, als die Berichte über Übergriffe arabischer Migranten auf Frauen in Köln und anderen Grossstädten unübersehbar wurden, forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine harte Antwort des Rechtsstaats. Einen Tag später doppelte sie mit dem Hinweis nach, man müsse die Möglichkeiten von Ausweisungen aus Deutschland überprüfen. Es gehe darum, so die Bundeskanzlerin, ein klares Zeichen zu setzen. Und noch einen Tag später polterte Vizekanzler Sigmar Gabriel, der Vorsitzende jener SPD, die in ersten Reaktionen eine Verschärfung der Regeln zur Ausweisung schroff zurückwies, mit dem Vorschlag, ausländische Straftäter sollten zum Absitzen ihrer Strafe in ihre Heimatländer deportiert werden, um sie genügend abzuschrecken.

Die beiden regierenden Parteivorsitzenden demonstrieren Stärke gegen mutmassliche Straftäter, von denen noch kein einziger angeklagt und die in ihrer überwiegenden Zahl der Polizei noch nicht einmal bekannt sind. Wie sollen diesen die im Schutz der Nacht und der Komplizenschaft Hunderter Gleichgesinnter begangenen sexuellen Übergriffe je bewiesen werden? Die Prognose erscheint nicht gewagt, dass es wegen der sexuellen Attacken kaum je zu Verurteilungen und Ausweisungen kommen wird, für die hohe rechtliche Hürden bestehen.

Scharfe Verbalattacken werden auch aufseiten der muslimischen Verbände in Deutschland geritten. Wenn die feiernden Bürgerinnen nicht vor sexuellen Übergriffen hätten geschützt werden können, dann erwarte er für die Verantwortlichen personelle Konsequenzen, erklärte Bekir Alboga, der Beauftragte des deutschen Islamverbands DITIB, und meinte damit nicht die Täter, sondern die Polizeichefs. Dasselbe forderte die Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bunds und erklärte, die mutmassliche ethnische oder religiöse Zugehörigkeit der Gewalttäter in Köln sei nicht bedeutsam.

Die starken Worte sollen auf beiden Seiten von tiefer liegenden Problemen ablenken. Die Verantwortung für die Vorfälle liegt nicht primär bei der Polizei, bei der zwar einiges schiefging, die aber auch verständlicherweise vom einzigartigen Ausmass der nächtlichen Attacken vor dem Kölner Hauptbahnhof überfordert war. Hauptverantwortlich waren die Hundertschaften enthemmter, respektloser, schlecht integrierter männlicher Migranten, die Frauen als Freiwild betrachteten.

Das hat natürlich mit der Kultur zu tun, die diese Männer aus ihren Heimatländern mitgebracht und nicht an deutsche Normen angepasst haben. Und es hat natürlich auch mit dem Zustrom von rund einer Million Menschen zu tun, die im letzten Jahr grösstenteils aus diesen Kulturräumen nach Deutschland gekommen sind, um Asyl zu finden. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit Deutschlands stösst an Grenzen, trotz dem beeindruckenden Ausmass an gutem Willen und Organisationstalent und trotz der äusserst grosszügigen Einsatz- und Opferbereitschaft der Bevölkerung. Köln ist ein Warnzeichen. Das Tempo der Zuwanderung Asylsuchender muss markant gedrosselt werden. Doch die verantwortlichen Politiker reden stattdessen lieber von irrelevanten Ausweisungen.

IN MEDIAS RAS

# «Lügenpresse» wird zum Dauerbegleiter

Von RAINER STADLER

Die Arbeit des Journalisten scheint so einfach: Er soll darüber informieren, was ist. Doch was soll er tun, wenn er noch nicht weiss, was ist, und wenn andere schon behaupten, zu wissen, was geschehen ist? Seitdem die sozialen Netzwerke mitbestimmen, was öffentlich verhandelt wird, sitzt die Angst dem Journalisten dauernd im Nacken – die Angst vor dem Vorwurf der Lügenpresse. Hat er weltanschaulich nicht Genehmes verharmlost oder gar verschwiegen? Hat er missliebige Meinungen durch abschätzige Kommentare moralisch vernichtet?

Aktuelles Anschauungsmaterial zum Dilemma der zeitgenössischen Publizistik bieten die Vorfälle vor dem Kölner Bahnhof. Sogleich zirkulierte die Kritik, die Medien hätten versagt; sie hätten die Hinweise in sozialen Netzwerken auf die bandenmässige sexuelle Belästigung und Beraubung von Frauen ignoriert, weil die Vorwürfe migrationspolitisch nicht ins Konzept passten. Von einem Schweigekartell war gar die Rede. Die «Süddeutsche Zeitung» hat am Freitag nachgefasst. Gemäss ihren Recherchen «glühten» die sozialen Netzwerke keineswegs nach der Neujahrsnacht. Einzelne Hinweise waren auf der Facebook-Seite des Kölner Nettwerks zu lesen, auf Twitter wiederum erhielt das Thema erst am 4. Januar grössere Aufmerksamkeit. Berichte gleich zur Jahreswende erschienen bloss in der Regionalpresse. Schneller reagierten ferner alternative Online-Medien, während der Grossteil der Journalisten erst tätig wurde, nachdem die Polizei am 4. Januar eine Pressekonferenz durchgeführt und die Vorfälle nicht mehr wie in der ersten Mitteilung vom Neujahr auf skandalöse Weise beschönigt hatte. Das zeigt, wie abhängig Journalisten von Meldungen der Polizei sind, die über ein viel besseres Informationsnetz verfügt als jedes Massenmedium.

Die Journalisten hätten dennoch schneller hellhörig werden können, zumal sie ihre Rolle gerne als Wachhunde der Öffentlichkeit verstehen, welche unabhängig von behördlichen Aktivitäten Alarm schlagen. Das ZDF zumindest hat sich für seine Trägheit entschuldigt. Da an Feiertagen die Redaktionen minimal besetzt sind, erstaunt die allgemeine Passivität allerdings nicht besonders. Kommt hinzu, dass der Dauerlärm im Internet abstumpft. Wenn laufend irgendwo im Netz ein Skandal ausgerufen wird, sinkt die Bereitschaft, genauer hinzuhören und zwischen Falschinformationen das allenfalls Wesentliche zu erkennen. Journalisten sind zudem nicht nur mit dem Vorwurf des Verschweigens, sondern auch mit jenem des Übertreibens konfrontiert. Im Fall Köln sind es letztlich weniger ideologische Grundhaltungen als banale mediale Mechanismen, welche die Berichterstattung verzögerten.

Die Migrationsfragen werden überdies in einer hoch moralisierten Atmosphäre verhandelt, was den Medien ein Mikadospiel aufzwingt: Etwas bewegen heisst verlieren. Wer die Belästigungen in Köln in Beziehung setzt zu Übergriffen an traditionellen Bierfesten, steht als Verharmloser da; wer wiederum Auswüchse in Migrantenmilieus benennt, bekommt gleich das Etikett des Populisten oder Rechtsextremen. Diese Denkschablonen instrumentalisieren auch Journalisten gerne, um sich im Kampf um Aufmerksamkeit und Deutungshoheit durchzusetzen. Das Resultat ist ein eitler Kampf von kommentierenden Gockeln, wie er nun auch in der durchaus lebendigen Nachbearbeitung von Köln zu beobachten ist. Das nennt man dann Medienvielfalt.

ARCHIV-TROUVAILLEN

## Bier und Bock

bsa. · Die Geschichte des Biers ist so alt wie die der Getreidekultur. Schon die alten Babylonier brauten Bier. Einer ihrer bedeutendsten Könige, Hammurabi (1792–1750 v. Chr.), gab ein «bürgerliches Gesetzbuch», den Codex Hammurabi, heraus, in welchem sogar der Malzgehalt und der Preis des Bieres festgelegt waren. Der heilige Ziegenbock, der als Symbol der Fruchtbarkeit im Altertum geopfert wurde, gibt dann im 16. Jahrhundert dem «Bockbier» den Namen – in Frankreich hat sich «un bock» für die Bezeichnung eines Glases Bier gar durchgesetzt, wie der NZZ vom 8. Januar 1950 zu entnehmen ist.

NZZ www.nzz.ch/archiv/aus_dem_archiv